

INHALT



Risiken benennen. Bildung sicher gestalten. Pandemie überwinden.

Seiten **4 - 7**

Zwischenruf: Augen auf beim Spaziergang!

Seite 13



Blick zurück - für den Blick nach vorn -Jugendhilfe und Sozialarbeit im historischen Kontext.

Seiten **14 - 15**

Weniger Arbeitszeit -Einführung von Entgeltanreizen

Seite 16



Garantiert kein Selbstläufer: Land überträgt Tarifergebnis nicht ganz auf Beamt*innen

Seite 17

Neue Personalien

Seite 18



Es wird gewählt! Landesdeligiertenversammlung in Präsenz.

Seiten 8 - 10

Corona-FAO – Rechte und Pflichten für Bildungsbeschäftigte

Seite 12

IMPRESSUM

Herausgeberin Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

Landesverband M-V www.gew-mv.de V.i.S.d.P. Annett Lindner und Maik Walm

Redaktion

Lübecker Straße 265a 19059 Schwerin

Kontakt

Telefon: 0385 48527-0 Fax: 0385 48527-24 presse@gew-mv.de

Redaktion: Michaela Skott (ms) Schlusskorrektur: H. Gutzmann

Anzeigen Regionalverbände

Bianka Beerbalk Telefon: 0385 485-2727 bianka.beerbalk@gew-mv.de Redaktionsschluss 15. d. Vormonats

Erscheinungsweise

E&W kompakt 6 x jährlich E&W plus -Magazin- 3 x jährlich Abdruck oder Übernahme in andere Medien (auch auszugsweise) nur nach vorheriger Genehmigung durch die Redaktion.

Das nächste Magazin erscheint E&W plus/Magazin: Juni 2022 E&W kompakt: März 2022

Druckauflage: 4.650 Exemplare Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH Goldammerweg 16 45134 Essen

Gültige Anzeigenpreisliste unter: www.stamm.de

Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller

Telefon 0201 843000 Fax: 0201 472590 anzeigen@stamm.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge vermitteln nicht zwingend

die Positionen der Redaktion oder der GEW MV. Für den Abdruck eingesendeter Beiträge behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor.

Herstellung Layout:

Maik Scheler Kommunikationsdesign post@maikscheler.de

Steffen Media GmbH www.steffen-media.de/

Bildnachweise

Titel: tongstocker1987/freepik.com S.4: Reinhart/photocase.de

- S.5: Schanz & Partner/photocase.de
- S.5: PolaRocket/photocase.de
- S.7: Schanz & Partner/photocase.de
- S.7: escapejaja/freepik.com
- S.7: freepik/freepik.com
- S.13: nomadsoul1/freepik.com
- S.14: istock/duncan1890 S.16 und 18: jcomp/freepik.com

WIR SIND UNTEILBAR.

Liebe Kolleg*innen,

diese Kolumne erscheint ein letztes Mal mit uns als Vorsitzendenteam. Unsere Legislatur, die pandemiebedingt etwas länger war, neigt sich dem Ende zu. Maik wird wie geplant nicht mehr kandidieren und sich wieder stärker seiner Familie und seiner Arbeit als Wissenschaftler widmen; wird aber in der GEW weiter aktiv bleiben. Annett wirft erneut ihren Hut in den Ring. Unser Team war das erste an der Spitze unserer Gewerkschaft. Wir haben erfahren, dass ein Leitungsteam sich in guten wie in schlechten Zeiten kollegial ergänzt und einen geweiteten Blick mit sich bringt. Die Doppelspitze spiegelt die Breite unserer Bildungsgewerkschaft besser wider. Wir danken Euch herzlich für Euer Vertrauen, Euer Engagement und Eure Unterstützung. Mit unserem PEK, der resPEKt-Kampagne, dem Bündnis Gute Schule, den Bürgerbegehren für einen besseren Personalschlüssel und dem Bildungspakt Gute Schule 2030 haben wir die Geschichte unseres Landesverbandes erfolgreich fortgeschrieben, unser Profil entwickelt und in zentralen Fragen Lösungen auf den Weg gebracht. Hier braucht es unser aller Einsatz, um die Ziellinie zu erreichen. Trotz der Erfolge scheint es, als würden die Pandemie und ihre Folgen alles in den Schatten stellen. In dieser Ausgabe unseres Bildungsmagazins wollten wir eigentlich mit euch gemeinsam einen Blick zurück auf unsere 30-jährige GEW-Geschichte werfen. Eine Feier anlässlich unserer Landesdelegiertenversammlung sollte einen festlichen Höhepunkt dieser Rückschau markieren. Einmal mehr macht uns die Corona-Pandemie einen Strich durch die Rechnung. Stattdessen legen wir euch unser Positionspapier zu "Omikron" vor.

Wir versichern euch, dass wir in den vergangenen 24 Monaten alles getan haben, um jeweils vor "die Pandemie" zu kommen und für euch die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu erringen. Nicht immer sind wir damit erfolgreich gewesen. Zu unseren Erfolgen gehört jedoch u.a. die Sicherung der Bezahlung der Erzieher*innen während des ersten Lockdowns, die Übernahme der Haftung durch das Land beim Einsatz eigener Technik, die Teststrategie an den Schulen, die Impfpriorisierung für Erzieher*innen und Lehrkräfte, der wöchentlich tagende Expertenrat aller Bildungsakteure sowie die regelmäßige und schnelle Weiterleitung aller Informationen zu euch. Wir sind uns bewusst, dass auch innerhalb unserer Mitgliedschaft die Einstellung zur Pandemie sehr divers ist. Wir haben uns in allem Handeln zum "Team Wissenschaft & Demokratie" bekannt. Das hat auch für Kontroversen gesorgt. Von manchen Anwürfen waren wir überrascht, andere haben uns traurig gemacht. Dennoch ist es uns wichtig immer wieder klar Haltung zu beziehen. Eine solche findet ihr auch in diesem Heft. Am 27. Januar war der Internationale Holocaust-Gedenktag. Es ist gleichzeitig der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Angesichts der aktuellen Ereignisse sind wir erschüttert, dass auf sogenannten "Spaziergängen" sorglos Vergleiche zwischen dem Holocaust an den Juden und den Corona-Regeln gezogen werden. Wir sind entsetzt wie "Demokrat*innen" gemeinsam mit bekennenden Antisemit*innen, bekannten Rechten und Rechtsradikalen spazieren gehen. Wir bitten Jede*n von Euch: Macht Euch nicht mit diesen Aussagen gemein! Wir selbst haben in den vergangenen Monaten oft Kritik an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie geäußert. Es gibt viele Wege dies zu tun. Zuletzt war auf einem Gegenprotest zu den "Spaziergängen" auf einem Plakat zu lesen: "Hass im Herz ist heilbar. Wissenschaft unteilbar." In diesem Sinne, bleibt gesund und uns GEWogen!

aidre Dale

Eure Vorsitzenden Annett Lindner und Maik Walm



Annett Lindner und Maik Walm, Landesvorsitzende der GEW Mecklenburg-Vorpommern



ie Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern (GEW MV) stellt fest, dass es einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur Öffnung von Kindertagesstätten und Schulen auch während dieser Phase der Pandemie mit einem starken Anstieg der Infektionszahlen gibt. Dies gilt auch für das Meinungsbild innerhalb der Mitgliedschaft der GEW MV.

Ein Großteil der Lehrkräfte vertritt die Auffassung, dass Präsenzunterricht der beste Weg zur Vermittlung von Bildung ist. Teilweise ist diese Meinung jedoch getragen von einer scheinbaren Alternativlosigkeit aufgrund der nicht ausreichenden personellen und sächlichen Ausstattung von Schulen. Für Krippen und Kitas ergibt sich diese Ansicht wegen der Notwendigkeit einer Betreuung zur Ausübung der Berufstätigkeit und der Überzeugung der positiven Wirkung eines frühen Bildungsbegriffs. Zusätzlich unterstützt wird diese Haltung durch die Annahme, dass eine Erkrankung für Kinder meist keine schwerwiegenden Folgen hat. Die GEW MV kritisiert, dass auch im dritten Schuljahr nach Beginn der Pandemie nicht ausreichende Maßnahmen für einen sicheren Betrieb von Kindertagesstätten und Schulen, der nicht zwangsläufig eine Erkrankung von Kindern, Jugendlichen und Personal zur Folge hat, ergriffen wurden. Und das, obwohl eine solche Pandemiedauer aus epidemiologischer Sicht durchaus erwartbar war.

Bisher hat es das Land versäumt die Auswirkungen aller in der Bildung ergriffenen Maßnahmen einer beständig aktualisierten Evaluation zu unterziehen. Das betrifft sowohl die Auswirkungen auf den Bildungserfolg wie auch die Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen sowie der Bildungsbeschäftigten. Dies führt dazu, dass das Recht auf Bildung einerseits und das Recht auf Gesundheit andererseits innerhalb der Bildungsbereiche heute als einander entgegenstehend wahrgenommen werden.

In der Folge wird das Risiko, welches aus einer Covid19-Infektion auch für Kinder und Jugendliche entsteht/
entstehen kann, marginalisiert und in den Bereich des
"individuellen Lebensrisikos" gehoben. Mögliche Risiken
einer Infektion, wie etwa PIMS (bei Kindern) oder Long
Covid (bei Kindern und Erwachsenen) werden, obwohl
noch nicht ausreichend untersucht und verstanden, als
vernachlässigbar dargestellt. Kitas und Schulen werden
aufgrund von regelmäßiger Testung und des Tragens
von Masken als "sicher" deklariert. Doch mit der jetzigen
Omikron-Welle ist klar: Geöffnete Bildungseinrichtungen
führen aufgrund der räumlichen und personellen Situation unweigerlich zu Ansteckungen in allen Altersgruppen.

Für die verschiedenen Bildungsbereiche ergeben sich mit Blick auf den jetzigen gesellschaftlichen Konsens folgende Optionen:



FORDERUNGEN KITAS:

In Kitas und Schulen ist man heute nicht sicher vor einer Ansteckung. Wir fordern vom Land eine differenzierte Kommunikation. Es kann zu Engpässen durch Personalausfälle kommen, die eine Einschränkung bzw. Reduzierung der Betreuung oder die Schließung von Einrichtungen vorübergehend nötig machen. Dies ist nicht flächendeckend vorgesehen. Darüber muss der jeweilige Träger entscheiden können.

Eltern, die dies ermöglichen können und wollen, sollten ihre Kinder zu Hause behalten – vor allem wenn sie u3 sind. Diese Eltern müssen Unterstützung erhalten. Arbeitgeber*innen müssen flexibel sein und wo nötig auch ihre Erwartungen an die Arbeitsleistung anpassen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. In dieser Situation, das müssen wir in einer Krisensituation anerkennen, müssen wir u.U. Abstriche hinsichtlich der Bezugspersonen und festen Gruppen machen.

- differenzierte Kommunikation zum Risiko vom Land
- Testen auch von Kindern auch in der Kindertagesförderung verbindlich (Lollitest/Spucktest)
- keine Verkürzung der Isolation für erkrankte Infizierte sowie keine Arbeitsquarantäne (Wer positiv ist, bleibt zu Hause!)
- verbindliche Impfinformationsgespräche beim Betriebsarzt für ungeimpftes (auch bei Genesenen) Personal
- Booster-Termine anbieten
- bei Impfung für die Zeit: Freistellung bei Entgeltfortzahlung!
- Luftfilter für alle Gruppenräume
- Räume, die nicht belüftbar sind, werden gesperrt.
- Praktika aus den Fachschulen vorziehen oder zusätzliches Praktikum einfügen als Ersatz für eine Facharbeit/ Jahresarbeit



EMPFEHLUNGEN AN DIE KOLLEG*INNEN:

- Erwachsene konsequent FFP2-Masken zum Eigenschutz auch während der Betreuung tragen
- Unfallmeldung bei Infektion an Unfallkasse
- Nach Möglichkeit wird bei der Einsatzplanung Rücksicht auf Beschäftigte genommen, die Risikopersonen innerhalb der Kernfamilie haben (übernehmen dann bspw. überwiegend draußen Aufsicht, administrative Tätigkeiten etc.).



LAGEBESCHREIBUNG ALLGEMEINBILDENDE UND BERUFLICHE SCHULEN:

In Kitas und Schulen ist man heute nicht sicher vor einer Ansteckung. Wir fordern vom Land eine differenzierte Kommunikation. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz für SuS sowie für die Beschäftigten darf dem Recht auf Bildung nicht untergeordnet werden. Vielmehr muss zwischen beiden ein, der Situation angemessener, Ausgleich geschaffen werden. Das führt zu Mehrausgaben. Diese muss das Land tragen. Bildung hat Priorität – nicht der Ort (und auch nicht das Jahr), an/in dem sie vermittelt wird. Dennoch ist es wichtig, dass Schulen geöffnet bleiben. Damit ist nicht gemeint, dass in ihnen unter allen Umständen herkömmlicher Unterricht angeboten wird, sondern, dass sie als Schutz- und Kontaktraum für SuS dienen. Es ist daher denkbar, dass auch für höhere Klassen, für die aufgrund der Personalsituation Aufgabenarbeit in Distanz erfolgen soll, die Schule als Arbeitsort (unter Aufsicht und AHA-L) geöffnet bleibt. Das ist bspw. durch das Einbuchen von Klein-Lerngruppen in die Räume möglich. Dies sollte sowohl freiwillig als auch auf Anordnung der Hauptlehrkraft verbindlich möglich sein. Dafür muss in den ländlichen Räumen zumindest immer ein Rumpfschülerverkehr gewährleistet sein.

FORDERUNGEN (POLITISCHER RAUM):

- differenzierte Kommunikation zum Risiko vom Land
- Offene Schulen für alle Jedoch nicht für alle mit dem gewohnten Unterrichtsumfang (sei es vor Ort oder in der Distanz) – Anpassung der Lerninhalte auf die Vermittlung

- von Kernkompetenzen. Dazu gehören auch künstlerische, musische, soziale Aspekte.
- · Offene Schulen auch für die Mittagsversorgung!
- Die Kommunen stellen die Mittagsversorgung aller Kinder mit Bewilligung aus dem BuT sicher.
- Abschlussklassen brauchen jetzt einen klaren Fahrplan zur Prüfungsvorbereitung!
- Honorierung der Mehrarbeit!
- Alle Lehrkräfte erhalten ein persönliches digitales Endgerät von ihren Schulträgern bis zum Beginn des kommenden Schuljahres.
- Alle SuS ab Klasse 5 erhalten (zum Beginn SJ 2022/23) einen Leihlaptop/-Tablet der Schule.
- Entwicklung einer digitalen Landesschule, die sowohl der temporären Beschulung aus Gesundheitsaspekten dient als auch der Entwicklung von digitalen Lernformaten, die an allen Schulen verwendet werden können.
- Alle Elternhäuser erhalten vom Land einen Fragebogen zu ihrer häuslichen Bildungssituation. (Lernmittelausstattung, digitale Geräte, Datenverträge, Räumlichkeiten) Land wertet diese Abfrage aus und reagiert spätestens zum neuen Schuljahr in Absprache mit den Schulträgern.
- Von den Schulen erfragt das Land systematisch im kommenden Schulhalbjahr, welche Inhalte aufgrund der Notlage nicht vermittelt werden konnten. In den Folgejahren wird durch zusätzliches Personal bzw.
 Anpassung der Rahmenlehrpläne eine Korrektur vorgenommen. (Corona-Faktor Stundenzuweisung) Die Mittel dafür werden aus dem MV-Schutzfonds genommen.

GESUNDHEITSFORDERUNGEN:

- tägliche Testung auch für SuS PCR-Pool-Test
- Das Land stellt für Lehrkräfte und Schüler*innen ab 12 Jahren umgehend ausreichend FFP2-Masken zur Verfügung. Maskenpausen werden an den Schulen individuell geplant und müssen an der frischen Luft erfolgen!
- An jede Schule gehören Luftfilter in die Klassenräume (Blick auf kommenden Herbst). Hier müssen Land und Schulträger jetzt endlich schnell handeln!
- Risikopersonen müssen geschützt werden!
 Grunderkrankte, Personen, die nicht geimpft werden

- können, Schwangere etc. gehören nicht in den Präsenzunterricht!
- keine Verkürzung der Isolation für erkrankte Infizierte sowie keine Arbeitsquarantäne (Wer positiv ist, bleibt zu Hause!)
- verbindliche Impfinformationsgespräche beim Betriebsarzt für ungeimpftes (auch bei Genesenen) Personal
- bei Impfung für die Zeit: Freistellung bei Entgeltfortzahlung!
- Impfangebote auch für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern in Schulnähe organisieren
- Wöchentliches öffentliches Reporting (Freitag/Montag) des Landes auf Basis der ohnehin gemeldeten Daten für: Zahl der positiven Tests, infizierte SuS/Lehrkräfte, Schulen (Klassen) in Distanz
- Zahl der Infektions- und Quarantänefälle werden durch die Schulleitung regelmäßig anonymisiert in den Schulen kommuniziert (Bspw. X Fälle in Klassenstufe 11 etc.), damit Eltern und SuS einen Einblick in das schulische Infektionsgeschehen haben.

EMPFEHLUNGEN AN DIE KOLLEG*INNEN:

- Erwachsene konsequent FFP2-Masken zum Eigenschutz auch während der Betreuung tragen
- Unfallmeldung bei Infektion an Unfallkasse



HOCHSCHULE

Auch Studierende leiden unter der Pandemie. Viele von ihnen haben einen Großteil ihres bisherigen Studiums nicht in Präsenz erbringen dürfen. Ein wesentlicher Bestandteil des Studiums ist auch das psychosoziale Erleben und Lernen, das auf diese Weise entfällt. Es entfallen auch Verdienstmöglichkeiten. Deshalb kann nicht jede*r den notwendigen Schritt zur Lösung aus dem Elternhaus gehen. Die GEW MV begrüßt, dass es den Hochschulen im Land dennoch gelingt, auch bei überwiegendem Onlinebetrieb eine hochwertige Lehre zu ermöglichen. Die Anpassung der Prüfungsmodalitäten und die Regelstudienzeitverlängerung sind richtige und wichtige Maßnahmen.

FORDERUNGEN:

Studierendenwerke in die Lage versetzen, ein gestiegenes Beratungsaufkommen zu studienpraktischen und psychosozialen Fragen, abzufangen





Es wird gewählt! Landesdelegiertenversammlung in Präsenz.

nter Berücksichtigung der aktuellen Pandemielage hat der Landesvorstand am 15. Januar den Beschluss gefasst, die Landesdelegiertenversammlung am 04. & 05.03.2022 von Freitag 10:00 Uhr bis Samstag 15:00 Uhr in Güstrow in Präsenz durchzuführen. Für diese Art satzungsgemäßer Veranstaltungen ist das gemäß der Corona-Landesverordnung zulässig und unser Sicherheitskonzept wird über die Anforderungen hinausgehen. Alle Delegierten wurden bereits informiert. Geplant war auch eine Feier anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der GEW MV. Diese muss nun, bedingt durch die Umstände, verschoben werden. Wir freuen uns darauf, mit euch gemeinsam nach Ende der Pandemie umso ausgelassener feiern zu können.

Auf unserer Landesdelegierteversammlung im März erfolgen satzungsgemäß die Wahlen für das Team der Vorsitzenden sowie den geschäftsführenden Landesvorstand (GLV). Wir stellen die Kandidat*innen vor:



TEAM DER VORSITZENDEN UND DES GLV:



Annett Lindner vorgeschlagen von: Personengruppenausschuss Ruheständler, Vorstandsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik, Regionalverbände Ludwigslust, Nordwestmecklenburg, Mecklenburg-Strelitz

"Lehrerkind" war für mich nie ein Schimpfwort. Meine "Lehrer"-Eltern lebten mir vor, was Bildung leisten kann. Mein Diplom als Lehrerin für intellektuell Geschädigte erhielt ich 1987 und arbeitete einige Zeit in diesem Beruf, bevor ich von euch 2003 erstmalig zur GEW-Landesvorsitzenden gewählt wurde. Getreu dem Motto: "Gewerkschaft ist das Stärkste, was die Schwachen haben" arbeite ich daran, die GEW als die Interessenvertretung für alle im Bildungsbereich Beschäftigten zu etablieren. Unsere GEW befindet sich im Wandel. Diesen Weg will ich gemeinsam mit euch und einem starken Leitungsteam weitergehen! Es sind nicht die lauten Töne, die ihr von mir hört. Aber auch Beharrlichkeit, ein langer Atem und Kompromissbereitschaft sind Eigenschaften, die es zwischenmenschlich wie politisch braucht.



Claudia Köster vorgeschlagen von: Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit

Ich heiße Claudia Köster und bin studierte Sozialpädagogin/-managerin.

Ich arbeite beim DRK Rostock in der Kinder – u. Jugendhilfe und im Betriebsrat. Die Bedingungen im Bildungs und Erziehungssektor sind unzumutbar und es fehlt an Wertschätzung. Deshalb bin ich in die GEW eingetreten und engagiere mich seit 2015 im VB Jugendhilfe u. Sozialarbeit. Es erfüllt mich für Verbesserungen einzustehen. Die Zeit hat gezeigt, dass Engagement Veränderungen hervorbringt und wir gemeinsam viel erreichen! Die Kampagne resPEKt war beeindruckend und muss weitergehen! Daher möchte ich mehr Zeit und Energie in gewerkschaftliche Arbeit investieren. Ich freue mich auf eine aktionsreiche Zeit mit Euch und möchte in Zukunft als Landesvorsitzende für die Interessen der LehrerInnen und ErzieherInnen einstehen.



vorgeschlagen von: Personengruppenausschuss Ruheständler,

Nico Leschinski

Vorstandsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik, Landesfachgruppe

Es brauchte nicht erst eine Pandemie, um die Mängel im Bildungsbereich in unserem (Bundes-)Land zu erkennen. Zur chronischen Unterfinanzierung bei den Sachmitteln gesellt sich die Überlastung bei vielen Kolleg*innen, weil Personalschlüssel und Ausmaß der Lehrverpflichtungen von der Kasse, anstatt von pädagogischen Überlegungen diktiert werden. Gemeinsam mit euch möchte ich mich für gute Bildung und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Für unsere Kolleg*innen, für uns alle! Mein Name ist Nico Leschinski (41) und ich arbeite als Studienrat (Geschichte, Sozialkunde, Arbeit-Wirtschaft-Technik) am Elbe-Gymnasium in Boizenburg. Für die GEW engagierte ich mich in der vergangenen Legislaturperiode im Lehrerhauptpersonalrat, außerdem bin ich Vorsitzender der Landesfachgruppe Beamt*innen.

ARBEITSBEREICH FINANZEN:



Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Kureck, M.A. für Physik und AWT, BO-Lehrer, Örtlicher Personalrat

Motto: Wissen und Wollen sind nicht genug, sondern ich werde handeln!

VORSITZ VORSTANDSBEREICH SCHULE:



Angret Becker

Lehrerin, stellv. Schulleiterin RegS mit GS Gadebusch, Vorsitzende Vorstandsbereich Schule, Mitglied im Landesschulbeirat (Arbeitsgruppe Inklusion)

Motto: Ich möchte weiter für die GEW im Vorstandbereich Schule tätig sein, denn: Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern; aber nicht arbeiten das ist die Hölle. (Thomas Mann)



Kerstin Mittelstädt

Sonderschulpädagogin an einer Förderschule, Vorsitzende Regionalvorstand Güstrow, aktives Mitglied im Vorstandsbereich Schule

Motto: Zeitgemäße Erziehung und Bildung stellt uns ständig vor neue Herausforderungen. Dies erfordert Reaktion und Handeln. Deshalb ist für mich die aktive Arbeit in der GEW unerlässlich.



VORSITZ VORSTANDSBEREICH ANGESTELLTEN- UND BEAMTENPOLITIK:



Ulrike von Malottki

Oberstudienrätin, Gesamtschule Laage, Fächer Spanisch, Geschichte und bilinguale Geographie, Fachschaftsleitung

Motto: Das Land MV sollte uns Lehrerinnen und Lehrer besser stärken, damit unsere Gesundheit und Belastbarkeit im Interesse aller Kolleg:innen erhalten bleibt.



Stefan Tockner

Lehrer für Chemie und Physik in Gymnasium und Regionalschule an einem Gesamtschulzentrum; Beisitzender in der Landesfachgruppe Lehrer:innen im Seiteneinstieg"

Motto: Miteinander füreinander.

VORSITZ VORSTANDSBEREICH JUGENDHILFE UND SOZIALPOLITIK



Manuela Müller

Erzieherin, Mitglied im Betriebsrat, Mitglied im Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialpolitik, außerdem Engagement in einem Hospizverein

Motto: Es ist mir wichtig, denen zur Seite zu stehen, die Hilfe und Unterstützung benötigen und mich gesellschaftlich zu engagieren.



Torsten Tolksdorf

Erzieher; ILL e.V., freigestellter Betriebsratsvorsitzender

Motto: Es Für mich ist die Gewerkschaftsarbeit wichtiger denn je und

daher sehe ich auch die Möglichkeit viel zu bewegen

10 E&W PLUS Mecklenburg-Vorpommern 1/2022

VORSITZ VORSTANDSBEREICH HOCHSCHULE UND FORSCHUNG:



Martina Winkelmann

wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Greifswald, Vertrauensdozentin der Hans-Böckler-Stiftung

Motto: Es lohnt sich, immer.



Sandra Astáras

Lehrkraft am Sprachenzentrum der Hochschule Stralsund, Vorsitzende des wissenschaftlichen Personalrats der Hochschule Stralsund, Mitglied im Hauptpersonalrat, aus dem RV

Stralsund, Mitglied der Landesfachgruppe Hochschule und Forschung

Motto: Dauerstellen für Daueraufgaben, gute und gerechte Arbeitsbedingungen für alle, die an der Hochschule tätig sind!

VORSTANDSBEREICH BERUFLICHE SCHULE



Angela Gillmeier

Lehrerin am Regionalen Beruflichen Bildungszentrum Schwerin Technik, Mitglied im Landesausschuss Berufliche Bildung, Mitglied im Lehrerhauptpersonalrat, Fachgruppe

Berufliche Schulen, Vorsitzende des Vorstandsbereiches Berufliche Bildung, Mitglied in der Landesfachgruppe BS

Motto: Die wahre Lebenskunst besteht darin, im Alltäglichen das Wunderbare zu sehen. (Pearl S. Buck)



Beatrice Nimiczeck

Gesundheits- und Krankenpflegerin, Master of Arts Pflegewissenschaft und Politikwissenschaft auf Lehramt, Lehrerin an der Beruflichen Schule Alexander Schmorell, Gewerkschafterin seit 2001

Motto: Richtig sortiert, ist halb erledigt.

HOLOCAUST, DER

['ho:lokav_st]



www.gew-mv.de 11

WWW.YADVASHEM.ORG/DE

Corona-FAQ – Rechte und Pflichten für Bildungsbeschäftigte

BESTEHT EINE IMPFPFLICHT FÜR MICH?

Der Bundestag hat die sogenannte "einrichtungsbezogene" Impfpflicht beschlossen, die für Beschäftigte in Kliniken, Pflegeheimen, ambulanten Pflegediensten und ähnlichen Einrichtungen gilt und im Infektionsschutzgesetz geregelt ist. Der Bundesrat hat dem zugestimmt. Für Pädagog*innen, die in solchen Einrichtungen tätig sind, kann eine Covid-Impfung verpflichtend sein. Stichtag für den Impf-/Genesenennachweis ist der 15. März 2022.

In welchen Bereichen müssen Beschäftigte den Arbeitgeber bei Nachfrage über den Impfstatus informieren?

Die Auskunftspflicht nach § 36 Absatz 3 Infektionsschutzgesetz gilt nur für die in § 36 Absatz 1 und Absatz 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen und Unternehmen, da dort besonders vulnerable Personengruppen betreut werden oder untergebracht sind bzw. aufgrund der räumlichen Nähe zahlreiche Menschen einem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Das betrifft unter anderem: Kindertageseinrichtungen und Kinderhorte, die erlaubnispflichtige Kindertagespflege, Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen. Der Begriff des Arbeitgebers in § 36 Absatz 3 IfSG erstreckt sich auch auf den Dienstherren im Sinne des Beamtenrechts. Die Vorschrift ist an § 23a IfSG angelehnt, wo dies ebenfalls gilt.

ICH HABE MICH BEI DER ARBEIT MIT DEM CORONAVIRUS ANGESTECKT UND BIN AN COVID19 ERKRANKT. WAS NUN?

Wenn sich Beschäftigte bei der Arbeit infizieren und mit ernsteren Folgen an Covid19 erkranken, kommt bei bestimmten Berufsgruppen eine Anerkennung als Berufskrankheit, ansonsten eine Anerkennung als Arbeitsunfall bzw. bei Beamtinnen und Beamte als Dienstunfall in Frage. Eine Infektion mit dem Coronavirus zählt zu der Berufskrankheit "Infektionskrankheiten" (BK-Nr. 3101) und kommt für das Personal im Gesundheitswesen, Beschäftigte in Laboratorien sowie Kolleginnen und Kollegen in der Wohlfahrtspflege in Frage. Im Organisationsbereich der GEW sind das bspw. die Jugendhilfe, Familienhilfe, Hilfe für behinderte Menschen oder Menschen mit psychischer

Erkrankung, Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen (Aufzählung nicht vollständig). Für alle anderen Berufsgruppen - darunter auch Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher – kommt höchstwahrscheinlich (nur) eine Anerkennung als Arbeitsunfall (bei Beamtinnen und Beamten: Dienstunfall) in Frage. Bei einer Anzeige als Arbeitsunfall muss der Arbeitgeber diese beim zuständigen Unfallversicherungsträger (UVT) stellen. Aber auch die Durchgangsärzte, die Beschäftigte aufsuchen sollten, müssen beim UVT die Anzeige als Arbeitsunfall stellen. Beschäftigte können auch selbst eine Anzeige als Arbeitsunfall stellen. Beamtinnen und Beamte müssen einen Dienstunfall von sich aus melden. Bildungsbeschäftigte, die vermuten, sich während der Arbeit infiziert zu haben und deshalb erkrankt zu sein, sollten sich, so eine Meldung erfolgen soll, unbedingt zunächst mit ihrer GEW-Landesrechtsschutzstelle in Verbindung setzen. Bitte Meldefristen beachten!

WELCHEN ANSPRUCH HABE ICH AUF KINDERKRANKENGELD?

Gesetzlich krankenversicherte Eltern können im Jahr 2021 und auch im Jahr 2022 je gesetzlich krankenversichertem Kind für 30 Arbeitstage (Alleinerziehende für 60 Arbeitstage) Kinderkrankengeld beantragen. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch je Elternteil für nicht mehr als 65 Arbeitstage, für Alleinerziehende für nicht mehr als 130 Arbeitstage. Die Sonderregelung zum Kinderkrankengeld aus dem Jahr wurde zunächst bis zum 19. März 2022 (anteilige Berechnung auf das Jahr beachten!) verlängert. Es kann auch dann in Anspruch genommen werden, wenn der Zugang zu einer Einrichtung behördlich geschlossen wurde (Homeschooling, Distanzlernen) bzw. eine behördliche Empfehlung für die häusliche Betreuung besteht. Beamtinnen und Beamte haben aufgrund der Besonderheit des Beschäftigungsstatus keinen Anspruch auf ein Kinderkrankengeld. Grundsätzlich gibt es für sie die Möglichkeit, bei Erkrankung eines Kindes Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge zu beantragen.



OLOCAUST, der: beschreibt die systematische, maschinelle und mit deutscher Gründlichkeit dokumentierte Ermordung von fast sechs Millionen europäischen Juden. Holocaust ist nicht, dass Klaus-Peter mit seiner Monika nicht ungeimpft in ein Restaurant gehen darf. Wer sich heute einen gelben Stern mit der Aufschrift "ungeimpft" auf die Jacke näht oder auf ein T-Shirt druckt, beweist eindrucksvoll nicht nur eine dramatische Bildungslücke, sondern viel mehr einen Mangel an Empathie und Einordnungsvermögen. Gleiches gilt auch für jene, die zwar selbst nicht auf solche Ideen kommen, sich aber nicht scheuen, in Reih' und Glied miteinander "ohne Abstand, dafür mit Anstand" zu marschieren.

Was harmlos als "Spaziergang" daherkommt, auf dem Gleichgesinnte "Frieden, Freiheit, SELBSTBESTIMM U N G" skandieren und von Diktatur fabulieren, ist auch alles andere als die erwachende Mehrheit, "das Volk", das sich nun gegen das Unrecht der "Herrschenden" auflehnt. Nachweislich werden solche "Spaziergänge" auch in Mecklenburg-Vorpommern von Mitgliedern des rechten Spektrums unterstützt oder sogar organisiert. In Rostock durchbrachen Hooligans vor den Augen aller Teilnehmenden mit Sturmhaube und Quarzhandschuhen Polizeisperren, in Schwerin zog eine skandierende Menge vor das Haus der Ministerpräsidentin, in Greifswald und Wolgast wurden die Maßnahmenproteste zuletzt immer aggressiver ... Keine (!) Maßnahmenkritik rechtfertigt die Teilnahme an Demonstrationen, die dazu dienen sollen, unsere Gesellschaft zu spalten, unsere Demokratie zu destabilisieren sowie Politik und Presse einzuschüchtern. Wer sich auf Artikel 20 des Grundgesetzes beruft (Recht auf Widerstand), sollte den ganzen Absatz 4 lesen, denn dort steht: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Wenn andere Abhilfe nicht möglich ist... Jenen, die heute "Diktatur" schreien, sei noch einmal gesagt: Mit eindrücklicher Mehrheit hat sich "das Volk" impfen lassen. Es hat auch nicht die Parteien gewählt, die aus der Querdenken-Bewegung entstanden sind oder schon vorher ein Interesse an einer Spaltung hatten. Wer die Corona-Maßnahmen kritisch sieht, hat das Recht dagegen zu klagen, sich zu organisieren und ja, auch zu demonstrieren. Verschiedene Meinungen müssen wir alle miteinander aushalten. Aber eines muss im Angesicht der deutschen Geschichte immer Konsens sein: Mit Antisemiten demonstrieren wir nicht! (ms)

Autor und Buch

Andreas Speit: Verqueres Denken – Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus

Sie gehen für »die Freiheit« auf die Straße: Bei den Querdenken-Demonstrationen und Corona-Protesten laufen Impfgegner:innen neben QAnon-Anhänger:innen, Esoteriker:innen neben Rechtsextremen, die Peace-Fahne flattert neben der Reichsflagge. Dieses Miteinander kommt jedoch nicht zufällig zustande. Wer sich für den Schutz von Natur und Tieren einsetzt, vegane Ernährung und Alternativmedizin bevorzugt, seine Kinder auf Waldorfschulen schickt oder nach spiritueller Erfüllung sucht, muss nicht frei von rechtem Gedankengut und Verschwörungsfantasien sein. Andreas Speit zeigt, dass in alternativen Milieus Werte und Vorstellungen kursieren, die alles andere als progressiv oder emanzipatorisch sind.

Titel: Verqueres Denken
ISBN: 978-3-96289-159-6
Sprache: Deutsch
Ausgabe: 2. Auflage (Jan 2022)
Umfang: 240 Seiten
Verlag: Ch. Links
Erscheinungsdatum: Juni 2021





Jugendhilfe und Sozialarbeit im historischen Kontext

Blick zurück - für den Blick nach vorn

🕇 in Blick in die Anfänge der außerfamilialen Kinderbetreuung im 19. Jahrhundert ist für die Diskus-🕌 sion um die Inhalte frühkindlicher Bildung im 21. Jahrhundert durchaus sehr spannend. Zur Verhinderung von Verelendung und fehlenden Beaufsichtigung der Kinder aus der Arbeiterklasse entstanden bspw. Kinderbewahranstalten zunächst "aus einem sozialfürsorgerischen Motiv heraus". Grund dafür war die sich verändernde gesellschaftliche Rollenzuweisung der Frauen als Mütter, die bislang für die Kinderbetreuung in der Kernfamilie zuständig waren (Franke-Meyer & Reyer 2021, S. 40). Mit der Epoche der Aufklärung kam es zu einer Pädagogisierung und das "bildungspolitische Motiv" kristallisierte sich in der frühkindlichen Tagesbetreuung heraus. Entscheidend dazu beigetragen haben Friedrich Fröbel (1782-1852) als vermeintlicher Begründer des "Kindergartens" mit der Spielmethodik oder Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827). Verfolgt wurde nun ein Erziehungs- und Bildungsansatz in Form von Kompetenzentwicklung, Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit der Kinder, der auch schulvorbereitend wirkte. Dies stand im Gegensatz zu den von den Kirchen und "der jeweils herrschenden Staatsmacht" verfolgten Erziehung zu "äußerlicher Disziplinierung und Anpassung" (Berger 2017, o. S.).

Protagonistinnen waren hierbei bürgerliche Frauen, die aus dem Traditionskorsett der ihnen zugeteilten Frauenund Mutterrolle heraustraten und sich emanzipierten. Genannt werden kann hier stellvertretend Johanna Willborn, die 1835 in Schwerin zunächst eine Kleinkinder-Schule (LHA 5.12-7/1, Signum 9385) und 1879 eine Fortbildungsschule eröffnete. Interessant ist in diesem Zusammenhang das 1922 in der Weimarer Republik verabschiedete Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG), welches offensichtlich zu einer weiteren Manifestierung des sozialfürsorglichen Ansatzes und zum "Verlust schulbezogener Aufgaben" führte, so Reyer und Franke-Meyer (2012). Das Fernbleiben der Mutter in ihrer Kernfamilie sollte die außerfamiliale Kinderbetreuung kompensieren. In den "westlichen Besatzungszonen" und später in der BRD kam dieses Gesetz 1961 nahtlos zur Anwendung. So ist es nicht ungewöhn-

lich, dass noch bis in die 1960er Jahre ein Bildungsauftrag für den Kindergarten in der Erzieherinnenausbildung nicht erkennbar war (Frey 1999, S. 7). Erziehung war privat, weiblich und patriarchal geprägt. Mit dem Beitritt der DDR entstand 1991 das KJHG und 2006 das SGB VIII. Das führte dazu, dass die in der DDR aufgebaute Kindertagesbetreuung sich an westdeutscher Ausrichtung orientierte und in ihr aufging.

Heute wird von frühkindlicher Bildung gesprochen und gleichzeitig an die spätere Verwertbarkeit und die Chancen am Arbeitsmarkt der Kinder gedacht. Dabei entscheidet schon in frühester Kindheit die soziale Herkunft über die individuelle Entwicklung und spätere Verortung der Kinder (El Mafaalani 2020). Auch die Rolle der Frauen ist in diesem Kontext eine nicht zu vernachlässigende. Wenn wir uns die Anfänge der frühkindlichen außerfamilialen Tagesbetreuung in seiner historischen Bedingtheit ins Gedächtnis rufen, stellt sich die Frage: Welche Motive sind perspektivisch handlungsleitend.

Diesen Artikel und das dazugehörige Literaturverzeichnis findet ihr auf unserer Website unter:

www.gew-mv.de





Silke Gajek (Diplom-Sozialökonomin, MA Social Work), Referentin für Jugendhilfe, Sozialarbeit und Organisationspolitik

Weniger Arbeitszeit – Einführung von Entgeltanreizen

ie GEW MV hat einen weiteren Erfolg in für die Tarifbindung im Land erzielt. Mit dem Institut Lernen & Leben e.V. konnte ein Anschlusstarifvertrag verhandelt werden. "Die Tarifverhandlungen mit dem ILL e.V. erfolgten einmal mehr auf Augenhöhe. Mit dem verhandelten Ergebnis sind wir überwiegend zufrieden", erklärt die GEW-Landesvorsitzende Annett Lindner. Besonders positiv sei hier die Arbeitszeitverkürzung hervorzuheben: "Ab 1.1.2023 gilt hier eine Arbeitszeit von 39 Stunden. Damit sind unsere Kolleginnen und Kollegen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gleichgestellt".

Künftig werden Tarifergebnisse des Öffentlichen Dienstes, die länger als ein Jahr bekannt sind, dynamisch übernommen. Bisher war dies nur zum 1.1. des jeweiligen Folgejahres der Fall. "Vereinbart wurde ebenfalls ab 2023, eine alternative Möglichkeit zur Einführung von Entgeltanreizen auf der Grundlage des neuen § 18 a des TVÖD VKA einzuführen. Dafür stehen mindestens zwei Prozent der Bruttojahresentgelte zur Verfügung.

Das Volumen ebenso wie die Aufteilung des Budgets auf die verschiedenen Elemente sind mit dem Betriebsrat zu vereinbaren", erklärt Annett Lindner weiter. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt anderthalb Jahre, sodass die künftigen Verhandlungen vor den Verhandlungen mit den jeweiligen Trägerkommunen liegen und etwaige Ergebnisse dann bereits mit "eingepreist" werden können.



Garantiert kein Selbstläufer

Land überträgt Tarifergebnis nicht ganz auf Beamt*innen



Am 23.11.2021 - landesweiter Streiktag TV-L

ie Übernahme des Tarifergebnisses für die Landesbeschäftigten kommt 1:1 auch für die Beamt*innen. Wirklich 1:1? Hier lässt sich nur mit einem klaren Jein antworten. Anfang Dezember letzten Jahres wurde im Spitzentreffen zwischen dem Finanzministerium M-V und Vertreter*innen des DGB vereinbart, das Tarifergebnis in zwei Gesetzesschritten aufzunehmen. Per Gesetz muss sich die Landesregierung mit den Spitzenverbänden der Beamt*innen zusammensetzen, ist aber darüber hinaus an nichts gebunden. Die Äußerungen des neuen Finanzministers Heiko Geue (SPD), nach der er uns für die TV-L-Verhandlungen "keinen Erfolg" wünsche, ließen nichts Gutes erahnen. Gestern endlich wurde die steuerfreie Corona-Prämie von 1300 Euro für Beamt*innen bis Besoldungsgruppe B 6 durch die Landesregierung beschlossen. Die Auszahlung muss bis zum 31. März 2022 erfolgen und wird größtenteils mit dem Januar-Entgelt



Finanzminister Dr. Heiko Geue spricht auf der Kundgebung am Streiktag



kommen. Die GEW hat sich vor allem dafür stark gemacht, dass Referendar*innen im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis wie Anwärter*innen (Beamt*innen auf Widerruf) 650 Euro erhalten. Diese Gruppe wird bisher weder beamtenrechtlich noch durch den Tarifvertrag der Länder erfasst. Da es sich um eine Prämie handelt, so das Argument der Länder, sind Beamt*innen im Ruhestand von der Einmalzahlung ausgenommen. Sie treffen die vollen 14 Leermonate. Mit einem zweiten Gesetz soll die lineare Erhöhung der Besoldung ab dem 1. Dezember 2022 nachvollzogen werden. Unklar ist, ob das Land weiterhin 0,2 Prozent des zusätzlichen Besoldungsvolumens für die Versorgungsrücklage einbehält. Hierbei handelt es sich um einen Mechanismus, der in allen anderen Bundesländern bereits Geschichte ist. Es wird also zeigen, ob das Land M-V das eh schon magere Tarifergebnis für die Beamt*innen zusätzlich schmälern will.

Paul Gerhard Fietz, Referent für Tarif- und Beamtenpolitik / paul.fietz@gew-mv.de

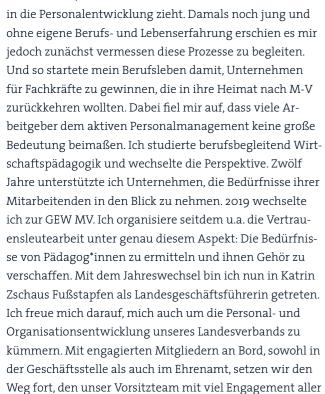


Personalien

NEUE GESCHÄFTS-FÜHRUNG

ANJA DORNBLÜTH-RÖHR DANZ SAGT VON SICH:

Noch vor Abschluss meines BWL-Studiums stand für mich fest, dass es mich



eingeschlagen hat: Die GEW MV als politische Größe und Bildungsorganisation fest zu etablieren und dabei auch in Zukunft Kolleg*innen für uns zu begeistern.

NEUE REFERENTEN:

PAUL GERHARD FIETZ, REFERENT FÜR TARIF- UND BEAMTENPOLITIK, SAGT VON SICH:

Ich bin 31 Jahre alt und komme gebürtig aus Rostock. An der Universität Rostock und später an der



FernUniversität in Hagen habe ich Bildungswissenschaft studiert. Im Jahr 2010 bin ich der GEW beigetreten. Vor meinem Wechsel in den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern habe ich die Studierenden- und Auszubildenenarbeit bei der GEW Sachsen und beim DGB sowie Schulrechtsseminare für Referendar*innen und pädagogischen Fortbildungstage begleitet. Ich habe zwei kleine Kinder und bin verheiratet. Lebensmotto: Vergesse nie das Kind in dir1

SILKE GAJEK, REFERENTIN FÜR JUGENDHILFE. SOZIALARBEIT UND ORGANISATIONSPOLITIK, SAGT VON SICH:

Ich komme aus Schwerin und bin 59 Jahre alt. Ich war unter anderem Mitar-



beiterin im Autonomen Frauenhaus Schwerin, Geschäftsführerin einer Selbsthilfekontaktstelle und Landtagsabgeordnete. Zunächst war ich Sekretärin, nach der Wende habe ich feministische Soziologie in Hamburg (Diplom-Sozialökonomin) und die Wissenschaft Sozialer Arbeit in Neubrandenburg (Master of Arts, Social Work) studiert. Ziel meiner Arbeit bei der GEW MV ist, dass Jugendhilfe- und Sozialarbeit gut entlohnt wird und die Rahmenbedingungen attraktiver werden. Außerdem möchte ich erreichen, Demokratiepädagogik als Querschnittsaufgabe in die Kindertageseinrichtungen zu implementieren. Ich bin Mutter eines erwachsenen Sohnes.

EVENTS UND TERMINE



MÄRZ | 19.30 - 20:30 UHR



Gestatten, GEW MV...

Infoveranstaltung für Neumitglieder und solche die es werden wollen, Anmeldungen bitte bis zum 28.03.22 an seminar@gew-mv.de, Betreff: Gestatten GEW

MÄRZ | 14.30 UHR



Feierscheune Dobberke in Alt-Sievershagen

Frauentagsfeier

für Regionalverband Rostock und Bad Doberan, Anmeldung bis 03.03.2022 bei Lilo Kossian, Tel.:0381/7699509



MÄRZ | 10.00 - 17.00 UHR



Rostock oder Schwerin UND Online

Fortbildung 220319: Staatsrecht und Grundlagen des Verwaltungs- und Beamtenrechts

Hybridveranstaltung - Teilnahme in Präsenz (vsstl. Rostock oder Schwerin) und online möglich Pflichtfortbildung für Beamt*innen auf Probe - vom IOMV anerkannt. Dozentin Sophia Keller, Anmeldung: seminar@gew-mv.de, Betreff: 220319: Staatsrecht – bitte angeben, ob Teilnahme in Präsenz oder online



MÄRZ | 09.30 - 16:00 UHR



Duckwitz (Behren Lübchin)

Seminar: 220326: Führungskräftecoaching für Schulleitungen

Anerkannte Fortbildung für Schulleitungen zur Reflexion ihrer Leitungstätigkeit, Anmeldung bis 07. März 2022 unter: seminar@gew-mv.de, Betreff: 220326



18.30 UHR



Grundschulstammtisch

Regelmäßiges Vernetzungsangebot für Kolleg*innen an Grundschulen, jeden ersten Mittwoch im Monat (außer in den Ferien), Beginn ab 18:30 - inhaltlich ab 19:00 Uhr, Anmeldung bis 12:00 Uhr am Veranstaltungstag unter: seminar@gew-mv.de Betreff: GS-Stammtisch

Alles zu Corona unter: www.gew-mv.de/coronacovid-19



Persönliche Rechtsberatung 0385 48527-16



Heinz Reinhard Grämke, Leiter der Landesrechtsschutzstelle

ihr unter **0385 48527-0** herstellen oder per E-Mail: heinz.graemke@gew-mv.de.

ANZEIGE

Gesprächspartner für Forschungsprojekt gesucht

Aufbruch, Umbruch, Wegbruch? - Schule und Bildung ab 1989 in Ostdeutschland aus Sicht der Lehrer*innen und Lehrer

Ich suche für meine Doktorarbeit Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die mit mir ihre Erinnerungen und Erfahrungen über den Schulalltag an ostdeutschen Schulen aus Sicht der Lehrkräfte teilen. Hierbei interessieren mich vor allem Aspekte der Entwicklung des Schulalltags und der Unterrichtsgestaltung in den 1990er Jahren. Idealerweise haben Sie hierfür in der Zeit des politischen Umbruchs 1989/90 und in den 1990er Jahren an einer Schule in Ostdeutschland als Lehrkraft unterrichtet. Ein Gespräch sollte idealerweise zwischen einer bis zwei Stunden dauern. Gerne komme ich hierfür zu einem Ort ihrer Wahl.

Melden Sie sich gerne bei Interesse oder Nachfragen bei mir per E-Mail (Adrian.joh.weiss@gmail.com) oder telefonisch (0176/60854290).

Mit freundlichen Grüßen, Adrian Weiß

18 E&W PLUS Mecklenburg-Vorpommern 1/2022 www.gew-mv.de 19

DEINE SIMME ZAHII

WWW.GEW.DE/ANMELDEFORMULAR

#nurmitdir

MITGILED WERDEN!

